



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „EU-Gebäuderichtlinie sozial gerecht ausgestalten“ (Drucksache 20/944)

Gebäudesanierungen in gemeinsamer Verantwortung sozial gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Gebäudesektor spielt bei der Erreichung der deutschen Klimaziele eine wesentliche Rolle. Der Landtag begrüßt, dass in der schleswig-holsteinischen Landesregierung jedes Ressort durch die Erstellung von Maßnahmenfahrplänen Verantwortung zur Senkung der Emissionen übernehmen wird.

Die Verwendung erneuerbarer Wärme in Gebäuden funktioniert nur im Zusammenspiel mit der energieeffizienten Ausgestaltung von Gebäuden. Der Landtag betont, dass deshalb die Wärmewende zwingend mit der Transformation des Gebäudesektors abgestimmt werden muss. Gleichzeitig ist allerdings die Dämmung von jedem Gebäude und zu jedem Preis nicht zielführend.

Der Landtag bittet die Landesregierung vor diesem Hintergrund, sich konstruktiv im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzes zur kommunalen Wärmeplanung beim Bund einzusetzen, um den Kommunen und damit auch den Eigentümerinnen und Eigentümern Planungssicherheit bei der Entscheidung für eine neue Heizung zu geben. Schleswig-Holstein ist hier mit der bereits 2021 beschlossenen Wärmeplanung Vorreiter. Des Weiteren fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Bundesregierung dazu auf, den entsprechenden Gesetzesentwurf zeitnah vorzulegen.

Um die Sanierungsverpflichtung der am schlechtesten bewerteten 15% des EU-Gebäudebestands so sozial wie möglich zu gestalten, bedarf es umfassender Informationskampagnen und ausreichender finanzieller Unterstützung insbesondere für Menschen mit geringeren Einkommen sowie angemessene Ausnahmeregelungen. Der Landtag begrüßt, dass die EU mit dem Aufbau eines Klimasozialfonds Unterstützung zugesagt hat und bittet die Landesregierung, sich auf EU-Ebene für die auskömmliche Ausgestaltung einzusetzen. Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, im Bund konstruktiv an den Klimasozialplänen mitzuarbeiten und dabei auf die besonderen Bedarfe ländlicher Regionen sowie der Inseln und Halligen aufmerksam zu machen. Diese sollten einen Fokus in den Klimasozialplänen erhalten.

Darüber hinaus sieht der Landtag die gegenwärtigen Bearbeitungszeiten für Förderanträge bei der BAFA als deutlich zu lange an. Um die Sanierung von Bestandsgebäuden nicht unnötig zu verzögern und somit teurer zu machen, fordert der Landtag die Bundesregierung auf, die Prüfung der Förderanträge, dort wo möglich, per Plausibilitätsprüfung durchzuführen. Diesen Prozess soll die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Michel Deckmann
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion